

Flughäfen als Einfallstor

Leben in Zeiten der Pandemie: „Ein Land in Quarantäne“, FR-Politik v. 17.3.

Die Corona-Krise schränkt das öffentliche Leben weiter ein: Es gilt eine weltweite Reisewarnung. Im Kampf gegen das Coronavirus hat die deutsche Regierung entschieden, wieder Grenzkontrollen einzuführen. Genervte Autofahrer, kilometerlange Staus: So sieht es an vielen Grenzübergängen aus. Das Rote Kreuz hat Kontrollpunkte aufgebaut, um bei Einreisenden die Temperatur zu messen.

Insgesamt seien noch 100 000 deutsche Urlaubsreisende unterwegs, Botschaften rufen zur vorzeitigen Heimkehr auf. So landen auch jetzt noch auf Deutschlands Flughäfen zahlreiche Maschinen aus Ländern, in denen die Infektionsrate besonders hoch ist. Bisher mussten Reisende aus Gebieten mit Corona-Risiko an den deutschen Flughäfen lediglich Karten mit Kontaktdaten ausfüllen. Was ist mit den 100 000 Urlaubern, sind die alle virusfrei? Unsere Flughäfen sind ein offenes Tor für den Corona-Virus.

Josef Karl, Kelsterbach

Die Krise offenbart, was alles verschleppt wurde

Alle machen Homeoffice? Wie das? Bei den meisten Firmen gar nicht. Es fehlt die erforderliche Infrastruktur von Hardware und Software. Es fehlen außerhalb der Zentren die Glasfaserkabel, die Masten, um deren Standorte und die Nutzung durch mehrere Anbieter noch gefeilscht wird. Jahrelang wurde gestritten um Ausschreibung und Zulassung der Frequenzen und Anbieter. Zu den Schulen. Dasselbe Dilemma. Meist kein Internet, kein WLAN, keine Tablets. Keine entsprechende Fortbildung für die Lehrer, keine darauf zugeschnittenen Lehrpläne usw. Das Finanzamt erkennt die Beschaffung von Tablets, PC usw. der Lehrer bei der Einkommensteuer nicht an.

Jetzt die Schulen, die Kindergärten geschlossen? Mehr als die Hälfte der Eltern arbeitet. Also Teilbesetzung der Klassen – Gefahrenpotenzial wie zuvor.

Gesundheitskarte: Jetzt bräuchten wir sie! Der gesamte gesundheitliche Lebenslauf eines Patienten samt aller Behandlungsverläufe, Medikamente, Ärzte, Krankenhäuser usw. ist sofort übertragbar. Die Anamnese steht. Sie wird derzeit von einem Arzt bei der Aufnahme erhoben. Eine halbe Stunde wird ärztliche Tätigkeit verbraten. Nicht auszu-denken in der derzeitigen Krise.

Einkäufe per Karte oder Handy: Verschleppt von Politik und Handel sowie uns, dem Verbraucher. Banken, Sparkassen bieten es an. In der Zeit höchster Virusgefahr stehen wir dicht an dicht in der Schlange im Supermarkt. Das Verkaufspersonal wird auch durch Zeitaufwand und Bezahlvorgang zusätzlich gefährdet. Es könnte ökonomischer eingesetzt werden.

Packen wir es an – gegebenenfalls bei der nächsten Wahl.

Werner Junghans, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/homeoffice-01



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Die Natur wehrt sich gegen den Menschen

Zu: „Ans Klima denken“ und „Keine aktive Klimapolitik“, FR-Meinung vom 16. und 17. März

Die ganze Wirtschaft muss nachhaltiger werden

Joachim Wille spricht mir mit seinen Argumenten zum Themenkomplex Corona/Klima aus der Seele. Tatsächlich zeigt die Politik, dass sie handeln kann und auch vor großen Geldsummen nicht zurückschreckt. Er zeigt aber auch die Gefahren auf, die drohen, wenn nun nur noch das Virus und die drohenden Gefahren für die Wirtschaft ins Blickfeld genommen werden.

Es wird vermutlich erst einmal nicht möglich sein, die Politik durch Großdemos ständig an den dringenden (!) Handlungsbedarf zu erinnern, um die rapide voranschreitende Klimaerwärmung zu bremsen. Es bleibt zu hoffen, dass die jungen Leute von „Fridays for Future“ kreative Modelle entwickeln, die die Sinne für diese Brisanz wachhalten und die Politik weiter daran erinnern, dass da noch ein gewaltiges Problem darauf wartet, gelöst zu werden.

Natürlich muss das Arbeitsplatzangebot gesichert werden. Wenn nun große Konjunkturpakete aufgelegt werden, ist es aber zwingend erforderlich, die Zielrichtung klar vorzugeben. Die ganze Wirtschaft muss nachhaltiger werden. Wie sich die Politik bei ihren zum Teil unpopulären Entscheidungen und Beschlüssen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus auf die Wissenschaft beruft, muss sie auch bereit sein, in Fragen der Umstellung unserer Energieversorgung die Erkenntnisse der Wissenschaft ernst zu nehmen und Ratschläge anzunehmen.

Um mittel- bis langfristig ausreichende und kontinuierlich Mittel für Investitionen in eine kohlenstofffreie Energieversorgung verfügbar zu haben, ist es dringend erforderlich, zeitnah einen Bundes-Investitionsfond einzurichten. Ein Fonds, der un-

ter anderem in eine nachhaltig ausgerichtete Infrastruktur investiert, dessen Ausrichtung klar definiert und transparent ist und der vom Bundeshaushalt und der Tagespolitik unabhängig ist.

Idealerweise wäre ein solcher Fonds paritätisch kontrolliert. Mehrheitlich Bürgerinnen und Bürger als Anleger, zusätzlich Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter, Wissenschaftler und Politiker aus Kommunen, Land und Bund achten darauf, dass Investitionen sozial, ökologisch, aber auch ökonomisch wirkungsvoll erfolgen.



Heute, bei sinkenden Börsenkursen und null Prozent Sparzins gibt es bestimmt genug Interessenten, die auch bei einer nur moderaten Rendite in einen solchen Fonds investieren würden. Statt notwendige zukunftsorientierte staatliche Investitionen auszusetzen oder gar zu privatisieren, sollten Bürgerinnen und Bürger selbst Gesellschafter werden und somit auch an Erträgen teilhaben. Gerhard Schuster, Krieffel

Coronavirus erzwingt Verhaltensänderungen

Ein Gedanke, der mich schon seit Jahren umtreibt: Irgendwann wird sich die Natur gegen den Menschen, seinen Umgang mit eben dieser Natur zur Wehr setzen. Nach all den Infektionskrankheiten der letzten Jahrzehnte (HIV, Ebola, Zika), die ja auch so weit weg von uns waren, hat es nun durch das Corona-Virus die westliche, industrialisierte, „zivilisierte“ Welt erwischt. In der März-Ausgabe von „Le Monde diplomatique“ gibt es dazu den lesenswerten Artikel „Woher kommt das Coronavirus?“ Seine

Aussage lautet im Kern, dass wir durch unsere Vernichtung natürlicher Lebensräume den Wildtieren eben diesen Raum nahmen und immer noch nehmen, weshalb diese Tiere dann näher an uns heranrücken und somit eine Übertragung von Viren auf den Menschen möglich wird.

Ich bin mitnichten der Meinung, dass die sogenannte Überbevölkerung das Problem ist. Problematisch ist, dass zunehmend mehr und mehr unser westlicher Lebensstil, unsere westliche Lebensweise um sich greifen und dass dies mit dem Planeten nicht vereinbar ist.

Der Hinweis, wir sollten doch alle unser Sozialverhalten an die derzeitige Situation anpassen – so wichtig und richtig das sein mag – ist scheinheilig. Neben den oben genannten Krankheiten gibt es seit Jahrzehnten Anlässe, Ursachen, welche einen entsprechenden Appell längst überfällig machten: Klimawandel, Schwund an Artenvielfalt, Raubbau an den Böden, Verseuchung des Wassers, Luftverschmutzung ...

Durch die rasante Verbreitung der Corona-Viren werden wir nun zumindest kurz- oder auch längerfristig zum Innehalten gezwungen. Ob sich daraus auch die zwingend notwendigen Änderungen in unserem Lebensstil ergeben? Daran habe ich Zweifel. Nachdem der Ursprung in China verortet wurde und wir wohl einen Impfstoff bekommen werden, wird zumindest ein Großteil unserer Gesellschaft wieder zu den gewohnten Lebensstilen zurückkehren, richtig „Gas geben“.

Vielleicht ist ja die Mehrheit der Menschen gar nicht in der Lage – nicht nur intellektuell –, eine Wahrnehmung der Umweltfrevl zu entwickeln!?

Otto Gebhardt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/klimaziele-2

Eine Klimapolitik, die nicht handelt, ist absurd

Besuch bei Ursula von der Leyen: „Thunberg beklagt Kapitulation“, FR-Wirtschaft vom 5. März

Der wissenschaftliche Konsens zur Klimakrise ist allgemein bekannt: Das weltweite Restbudget an CO₂-Emissionen, um das Ziel der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5-Grad zu erreichen, reicht noch etwa acht Jahre. (Basis: Tabelle 2.2, Kapitel 2 des IPCC-Sonderbericht „Globale Erwärmung“ von 2018). Die Permafrostböden tauen viel schneller als noch 2018 angenommen. Nach der Tabelle sind daher vom Restbudget zusätzlich 100 GT abzuziehen; verbleiben sechshalb Jahre. Die Tabelle rechnet mit maximal 66 Prozent Wahrscheinlichkeit, das angegebene Ziel zu erreichen. Das bedeutet, dass mit 33 Prozent Wahrscheinlichkeit die Klimakippunkte überschritten werden. Wie trotz weiterer Erwärmung die viel schneller als prognostiziert fortschreitenden Prozesse wie Korallenbleiche, globale Eisschmelze oder Auftauen der Permafrostböden zum Stillstand kommen soll,

ist mir ein Rätsel. Das 33-Prozent-Szenario dürfte sich leider als zutreffend erweisen.

Ein globaler Kampf gegen die Klimakrise wird ohne Klimagerechtigkeit nicht gehen: Alle Menschen haben das gleiche Recht auf die Atmosphäre (Merkel), das kumulative CO₂-Budget der alten Industriestaaten muss berücksichtigt werden, ebenso dass die global zehn Prozent reichsten Menschen 50 Prozent der Treibhausgasemissionen verursachen. Wenn der Meeresspiegel bei 1,5-Grad um zehn Meter ansteigt, aber dafür 10 000 Jahre braucht, bei zwei Grad 1000 Jahre, wie schnell steigt er bei vier oder mehr Grad Erwärmung an, was wir bis 2100 erreicht haben könnten?

Jede vermeidbare Tonne CO₂, die heute emittiert wird, produziert vermeidbares Leid. Eine Klimapolitik, die auf Ziele für 2050 oder 2030 verweist, aber nicht handelt, ist absurd, Aus-

druck von Politiker*innen, denen es einerseits darum geht, ohne große Probleme ihre Legislatur zu verwalten, und die andererseits dem Druck der Großkonzerne nachgeben. Wer, wenn nicht die Fossil- und Atomindustrie, könnte hinter dem absurden Stillstand des Ausbaus der erneuerbaren Energien stecken, in dem Moment, in dem sich der Ausbau vervielfachen müsste?

Greta Thunberg sagt all das, sie ist großartig. Aber dass diese Politik eine Siebzehnjährige einlädt, der Stimme der Wissenschaft Gehör zu verschaffen, ist eher eine Schmierkomödie, die Handeln vorgaukelt. Diese Politik hat die notwendige „Große Transformation“ (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung) nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Greta sollte ihre bewundernswerte Kraft den Menschen auf der Straße widmen. Nur von dort wird Rettung kommen. Karl Höhn, Frankfurt

Was für eine Erkenntnis!

Zu: „Einwegprodukte unsexy machen“, FR-Wirtschaft vom 12. März

Es ist schon erstaunlich, was unsere Politiker alles so entdecken! Seit einigen Monaten wird die Clan-Kriminalität festgestellt und verstärkt bekämpft. Das haben Bürger sich schon vor 30 Jahren gewünscht! Dann kommt der Dieselskandal und die notwendigen Eingriffe! Und jetzt hat man festgestellt, dass freientorsorgte Zigarettenkippen sanktioniert werden, weil die ja giftig sind!

Hoppla, das ist ja wieder eine entscheidende Erkenntnis. Erstaunlich ist, dass man weiß, wie schädlich das Rauchen ist! Aber da traut man sich noch nicht ran! Ist doch die Tabaksteuer unverzichtbar!

Albert Henkel, Wehrheim